

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Transparenz in der Perspektive der Kindertagespflege

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv für den Erhalt der vorhandenen Kindertagepflegestellen einzusetzen.
2. eine Informations- und Beratungsstruktur für die betroffenen ca. 1350 Tagespflegeeltern sowie die Eltern der 4120 Tagespflegekinder in Berlin aufzubauen und regelmäßig über den Fortgang der Beratungen und die Zwischenergebnisse zu informieren.
3. Vertreter der betroffenen Tagespflegepersonen regelmäßig und zeitnah am Fortgang der Beratungen zu beteiligen.

Begründung:

Die Entscheidung des Bundesfinanzministeriums, die laufenden Geldleistungen, die die Tagespflegepersonen für die Erstattung des Sachaufwandes und die Förderleistung erhalten, als steuerpflichtige Einnahme aus freiberuflicher Tätigkeit zu qualifizieren, ist um ein Jahr verschoben worden.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung der betroffenen Ressorts Finanzen, Arbeit und Soziales sowie Jugend und Familie ist beauftragt, zwischenzeitlich eine tragfähige Lösung zu erarbeiten.

Zu 1.:

Die Kindertagespflege hat sich als besonders flexible Form der Kinderbetreuung bewährt, die nicht nur dem Wunsch der Eltern nach einer familiennahen Betreuung entgegenkommt.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Die Kindertagespflege stellt darüber hinaus ein unverzichtbares Angebot neben den Kindertageseinrichtungen dar, da sie Betreuungszeiten nach Vereinbarung ermöglicht sowie die Möglichkeit bietet, besondere individuelle Bedürfnisse von Kindern zum Beispiel aufgrund von Allergien etc. berücksichtigen zu können.

Zu 2.:

Die geplanten Veränderungen in der einkommensteuerrechtlichen Behandlung der Kindertagespflege haben zu einer großen Verunsicherung von Tagespflegepersonen und Eltern geführt. Der Senat steht hier in der Verantwortung, durch umfassende und objektive Information über die tatsächlich zu erwartenden Veränderungen und deren Konsequenzen für Klarheit und Vorausschaubarkeit zu sorgen.

Dieser Verantwortung ist der Senat in der Vergangenheit bisher nur mangelhaft nachgekommen. So war einerseits ein großer Teil der betroffenen Tagespflegepersonen überhaupt nicht informiert über die anstehenden Veränderungen. Andererseits erhielten die Tagespflegepersonen, die informiert waren, so gut wie keine weiterführenden Informationen und wurden nicht einmal über die vorläufige Suspendierung der Entscheidung des Bundesfinanzministeriums in Kenntnis gesetzt.

Der Senat wurde dadurch dem gebotenen partnerschaftlichen Verhältnis im Umgang mit den Tagespflegepersonen in nicht ausreichendem Maß gerecht.

Zu 3.:

Der enge Austausch mit den Akteuren vor Ort gewährleistet eine sachgerechte Information des Senats über die tatsächlich gegebene Praxis in der Kindertagespflege sowie über die tatsächliche soziale Situation der Tagespflegepersonen selbst.

Berlin, 19. Februar 2008

Dr. Lindner Dragowski
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP